

<b>BESCHLUSSVORLAGE</b>  <b>V0048/19</b> öffentlich	Referat	Referat VII
	Amt	Referat für Stadtentwicklung und Baurecht
	Kostenstelle (UA)	6107
	Bearbeiter	Baumann, Daniel
	Telefon	3 05-21 04
	Telefax	3 05-21 09
E-Mail	stadtentwicklung+baurecht@ingolstadt.de	
Datum	22.01.2019	

<b>Gremium</b>	<b>Sitzung am</b>	<b>Beschlussqualität</b>	<b>Abstimmungs- ergebnis</b>
Ausschuss für Stadtentwicklung, Ökologie, Digitalisierung und Wirtschaftsförderung	06.02.2019	Kenntnisnahme	

### **Beratungsgegenstand**

Antragsabgabe zum Projekt „FreeRail,, entsprechend der Förderrichtlinie „Modernitätsfonds“ des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI)  
(Referentin: Frau Preßlein-Lehle)

### **Antrag:**

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht zur Antragsabgabe zur Kenntnis.

gez.

Renate Preßlein-Lehle  
Stadtbaurätin

**Finanzielle Auswirkungen:**

**Entstehen Kosten:**             ja                     nein

wenn ja,

Einmalige Ausgaben	Mittelverfügbarkeit im laufenden Haushalt	
Jährliche Folgekosten	<input type="checkbox"/> im VWH bei HSt: <input type="checkbox"/> im VMH bei HSt:	Euro:
Objektbezogene Einnahmen (Art und Höhe)	<input type="checkbox"/> Deckungsvorschlag von HSt: von HSt:	Euro:
Zu erwartende Erträge (Art und Höhe)	von HSt:  <input type="checkbox"/> Anmeldung zum Haushalt 20	Euro:
<input type="checkbox"/> Die Aufhebung der Haushaltssperre/n in Höhe von                    Euro für die Haushaltsstelle/n (mit Bezeichnung) ist erforderlich, da die Mittel ansonsten nicht ausreichen.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung herangezogenen Haushaltsmittel der Haushaltsstelle (mit Bezeichnung) in Höhe von                    Euro müssen zum Haushalt 20                    wieder angemeldet werden.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung angegebenen Mittel werden für ihren Zweck nicht mehr benötigt.		

**Bürgerbeteiligung:**

**Wird eine Bürgerbeteiligung durchgeführt:**     ja                     nein

**Kurzvortrag:**

Wie im Ausschuss für Stadtentwicklung, Ökologie und Wirtschaftsförderung am 09.10.2018 durch Herrn Stadtdirektor Meier und Prof. Harry Wagner von der TH Ingolstadt bereits vorgestellt, hat die Europäische Union die Urban Air Mobility-Initiative ins Leben gerufen, um eine weltweite Vorreiterrolle in der Untersuchung autonomer Drohnensysteme zum Transport von Gütern und Menschen einzunehmen. Die Stadt Ingolstadt ist hier als eine von 17 Demonstrator-Städten von Beginn an involviert, um sich als wichtiger Standort und Testfeld für neue Technologien und Anwendungsfälle zu positionieren. Im Zuge der Initiative sollen als nächster Schritt konkrete Anwendungsfelder definiert werden, in deren Rahmen erste Projekte entwickelt und unter realen Gegebenheiten getestet werden.

Mit Stichtag zum 14.01.2019 wurde nun vom Referat für Stadtentwicklung und Baurecht in Zusammenarbeit mit dem Direktorium ein Antrag auf Gewährung von Zuwendungen des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) für das Projekt „FreeRail“ gestellt.

Im Projekt „FreeRail“ soll, bei positiver Bescheinigung durch das BMVI, eine automatisierte Erfassung der gleisnahen Vegetation und von Unwetterschäden entlang des Streckennetzes der Deutschen Bahn mit autonom betriebenen Drohnen erfolgen. Das Projektkonsortium umfasst dabei folgende Unternehmen und Institutionen:

- Quantum-Systems GmbH (Konsortialführer)
- geo-konzept Gesellschaft für Umweltplanungssysteme mbH
- Technische Hochschule Ingolstadt
- DB Fahrwegdienste GmbH
- Stadt Ingolstadt

Im Zuge des Projektes, welches im Zeitraum vom 01.04.2019 bis 30.09.2021 durchgeführt werden soll, wird sowohl die benötigte Infrastruktur (Drohnenhangar, Drohne, Software etc.) entwickelt und getestet als auch ein Einsatz unter realen Bedingungen an einem noch zu definierenden Streckenabschnitt durchgeführt. Konkret soll eine Drohne (automatisch oder manuell) von einem Drohnenhangar aus starten, um entlang des ca. 50 Kilometer langen Streckenabschnittes die gleisnahe Vegetation zu kontrollieren und die gesammelten Daten bei Rückkehr zum Drohnenhangar systematisch ausgewertet an einen verantwortlichen Mitarbeiter der Deutschen Bahn zu übermitteln. Der Flug der Drohne erfolgt dabei unbemannt, autonom und außerhalb der wahrnehmbaren Sichtweite (Beyond Visual Line of Sight - BVLOS). FreeRail erscheint dabei besonders geeignet als ein erstes Projekt, sich dem Thema Urban Air Mobility konkret zu nähern, da Innovationen, die zum jetzigen Zeitpunkt zum Teil noch nicht ausgereift (autonomer, unbemannter Drohnenflug) oder regulativ verboten (BVLOS) sind, in einem vergleichsweise sicheren und risikoarmen Umfeld getestet werden können.

Der Beitrag der Stadt Ingolstadt im Projekt FreeRail bezieht sich in erster Linie auf die Untersuchung der Akzeptanz in der Bevölkerung von Drohneneinsätzen in einem urbanen Gebiet. Die Studie soll Aufschluss darüber geben, welche Vor- und Nachteile in der Bevölkerung einer Großstadt zum Einsatz von Drohnen gesehen werden, wie mögliche Sicherheitsbedenken, Lärmbelästigung aber auch die Möglichkeit des gesellschaftlichen Mehrwerts für den Bahnreiseverkehr durch Verringerung der Störfälle im Bahnbetrieb. Im Ergebnis soll gezeigt werden, welche Maßnahmen getroffen werden können, um die positive Wahrnehmung von Drohneneinsätzen zu erhöhen.

Dabei erhofft sich die Stadt Ingolstadt auch Erkenntnisse über die Rolle einer Kommune im urbanen Luftverkehr. Aufgrund der Neuartigkeit des Verkehrsmediums müssen ggf. rechtliche Vorgaben hinsichtlich der Genehmigungsverfahren usw. neu interpretiert und angepasst werden – soweit der bestehende rechtliche Rahmen es zulässt. Da im Zuge des Projektes auch ein Funktionsmuster (Demonstrator) einer Drohnenstation verwendet werden soll, liefert das Forschungsprojekt Erkenntnisse über Standortkriterien möglicher vertiports (Start- und Landezonen, bei denen Drohnen vertikal auf- und absteigen). Sollten bei erhoffter positiver Entwicklung der UAM-Initiative künftig mehrere vertiports in urbanen Räumen benötigt werden, müssen ggf. stadt- und verkehrsplanerische Aspekte neu gedacht werden hinsichtlich der Integration einer UAM-relevanten Infrastruktur.

Von der Stadt Ingolstadt wurden beim BMVI für die Durchführung des Projektes ca. 75.000 € an Fördergeldern (Förderquote 100%) beantragt.